

Datenschutzinformation

Ziel der vorliegenden Datenschutzinformation ist es, den Besuchern der Website www.paradox.hu ausführliche Informationen über jene personenbezogenen Daten zu geben, die im Zusammenhang mit der Nutzung der Website, der Kontaktaufnahme, der Newsletter-Anmeldung sowie mit den sonstigen, mit dem Betrieb der Website verbundenen Datenverarbeitungsvorgängen verarbeitet werden.

Die auf der Website abrufbaren Errichterprofile sind öffentlich zugänglich, damit die Interessenten jene Partner kennenlernen können, die über Erfahrung bei der Errichtung von Paradox-Systemen verfügen. Die in den Profilen enthaltenen Daten werden auf Grundlage der Einwilligung der Partner öffentlich dargestellt.

Bei der Nutzung der Website kann es in bestimmten Fällen, so insbesondere im Zusammenhang mit der Kontaktaufnahme, der Newsletter-Anmeldung oder dem technischen Betrieb der Website, zur Verarbeitung personenbezogener Daten kommen.

Im Rahmen der Datenverarbeitung handelt die Power Biztonságtechnikai Kft. als Verantwortlicher im Einklang mit den Bestimmungen der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates (DSGVO) sowie der geltenden ungarischen Datenschutzvorschriften.

Sollten Sie Fragen zur vorliegenden Information haben, nehmen Sie bitte unter der E-Mail-Adresse adatkezeles@powerbizt.hu mit uns Kontakt auf; unsere Kollegin bzw. unser Kollege beantwortet diese gerne.

Ihre Daten werden als Verantwortlicher von der Power Biztonságtechnikai Kereskedelmi Kft. verarbeitet

Handelsregisternummer: 01-09-974579

Steuernummer: 13678144-2-41

Sitz: 1031 Budapest, Kazal utca 64-66.

Elektronische Adresse: info@powerbizt.hu

Vertreter: Miklós Banai

An der Erbringung einzelner unserer Dienstleistungen wirken auch Dritte mit, die zwangsläufig auch auf Ihre Daten zugreifen können. Diese Auftragsverarbeiter geben wir bei den einzelnen Datenverarbeitungen an.

Ziel der Power Biztonságtechnikai Kft. (im Folgenden: Gesellschaft) ist es, bei unserer Datenverarbeitung den Vorschriften entsprechend vorzugehen, damit alle unsere Kunden ihre Daten beruhigt unserer Gesellschaft anvertrauen können. Zu diesem Zweck verarbeitet die Gesellschaft die personenbezogenen Daten entsprechend den Vorgaben der ungarischen Datenschutzbehörde (NAIH), unter Achtung der für die Verarbeitung personenbezogener Daten geltenden Grundsätze und im Einklang mit diesen, und zwar

- in fairer und für die betroffene Person nachvollziehbarer Weise;
- unter Verwendung personenbezogener Daten, die für eindeutig festgelegte und rechtmäßige Zwecke erhoben wurden;
- durch die Verarbeitung von Daten, die im Hinblick auf den Zweck der Verarbeitung personenbezogener Daten angemessen, erheblich und erforderlich sind (entsprechend dem Grundsatz der Datenminimierung);
- sachlich richtig und auf dem neuesten Stand (entsprechend dem Grundsatz der Richtigkeit);
- entsprechend dem Grundsatz der Speicherbegrenzung;
- unter Anwendung technischer und organisatorischer Maßnahmen, durch die eine angemessene Sicherheit der personenbezogenen Daten vor unbefugter oder unrechtmäßiger Verarbeitung, vor unbeabsichtigtem Verlust, vor Zerstörung oder Schädigung gewährleistet wird (auf Grundlage des Grundsatzes der Integrität und Vertraulichkeit);
- unter Einhaltung des Grundsatzes des Datenschutzes durch Technikgestaltung und durch datenschutzfreundliche Voreinstellungen sowie des Grundsatzes der Rechenschaftspflicht.

Kontaktaufnahme über die Website

Auf der öffentlichen Oberfläche der Website besteht die Möglichkeit, dem Verantwortlichen durch Ausfüllen des Kontaktformulars eine Nachricht zu senden.

Kreis und Kategorien der verarbeiteten Daten	– Name, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Inhalt der Nachricht
Zweck der Datenverarbeitung	Bearbeitung von Anfragen, Kontaktaufnahme, Beantwortung
Dauer der Datenverarbeitung	Die im Rahmen der Kontaktaufnahme angegebenen Daten bewahrt der Verantwortliche nach Abschluss der Anfrage höchstens 5 Jahre lang auf, es sei denn, eine Rechtsvorschrift schreibt eine abweichende Aufbewahrungspflicht vor oder die betroffene Person beantragt zuvor die Löschung.
Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung	Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO – Einwilligung der betroffenen Person
Herkunft der Daten	Die Daten stammen unmittelbar von der betroffenen Person.
Auftragsverarbeiter	nGroup Kft. , 1134 Budapest, Lehel u. 9/A, II. Stock, Tür 3, Handelsregisternummer: 01-09-999285, Website: www.netpeople.hu – Tätigkeit: Entwicklung und Betrieb von Websites, Hosting-Dienstleistung, Systemwartung

Das Ausfüllen der mit einem Sternchen (*) gekennzeichneten Felder ist verpflichtend, da der Verantwortliche die Anfrage ohne diese nicht bearbeiten und darauf keine inhaltliche Antwort geben kann.

Die Daten werden vom Verantwortlichen nicht an Dritte übermittelt, ausgenommen im Falle einer gesetzlichen Verpflichtung.

Newsletter-Anmeldung

Auf der Website besteht die Möglichkeit, sich für den Newsletter anzumelden.

Kreis und Kategorien der verarbeiteten Daten	– E-Mail-Adresse – Zeitpunkt der Anmeldung – Zeitpunkt der Bestätigung der Anmeldung – die zum Nachweis der Einwilligung erforderlichen technischen Daten
Zweck der Datenverarbeitung	Versand eines Newsletters auf elektronischem Wege an die betroffene Person, in dessen Rahmen der Verantwortliche Informationen bereitstellt über: - Neuigkeiten und Nachrichten im Zusammenhang mit der Marke Paradox, - Produktvorstellungen und Produktbeschreibungen, - Informationen, die bei der Auswahl des geeigneten Errichters helfen, - zeitlich befristete Kampagnen und Promotionen, - Bildungs- und Marketinginhalte im Zusammenhang mit sicherheitstechnischen Lösungen. Zweck der Datenverarbeitung ist ferner die Durchführung von Marketingkommunikation im Zusammenhang mit der Marke Paradox.
Dauer der Datenverarbeitung	Der Verantwortliche verarbeitet die Daten der für den Newsletter angemeldeten betroffenen Person bis zum Widerruf der Einwilligung. Die betroffene Person kann ihre Einwilligung jederzeit und ohne Angabe von Gründen durch Anklicken des am Ende des Newsletters befindlichen Abmelde-links widerrufen. Der Widerruf der Einwilligung berührt nicht die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung.
Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung	Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO, das heißt die freiwillige, für den bestimmten Fall erteilte und auf einer angemessenen Information beruhende Einwilligung der betroffenen Person.

Herkunft der Daten	Die Daten stammen unmittelbar von der betroffenen Person.
Auftragsverarbeiter	Für den Versand der Newsletter nimmt der Verantwortliche die Dienstleistung von ActiveCampaign in Anspruch, das als Auftragsverarbeiter handelt. ActiveCampaign kann zur Erbringung der Dienstleistung im erforderlichen Umfang auf die verarbeiteten Daten zugreifen. ActiveCampaign, 1 North Dearborn St 5th Floor Chicago, IL 60602 Tätigkeit: Newsletter-Versandsoftware nGroup Kft., 1134 Budapest, Lehel u. 9/A, II. Stock, Tür 3, Handelsregisternummer: 01-09-999285, Website: www.netpeople.hu – Tätigkeit: Entwicklung und Betrieb von Websites, Hosting-Dienstleistung, Systemwartung

Double-Opt-in-Verfahren

Die Newsletter-Anmeldung erfolgt in einem Bestätigungsverfahren (Double-Opt-in). Nach der Anmeldung erhält die betroffene Person eine Bestätigungs-E-Mail, und die Anmeldung zum Newsletter wird erst nach dem Anklicken des Bestätigungslinks endgültig.

Dies stellt sicher, dass sich ausschließlich der rechtmäßige Nutzer der jeweiligen E-Mail-Adresse für den Newsletter anmelden kann.

Welche Rechte stehen Ihnen zu, welche Rechtsbehelfe können Sie in Anspruch nehmen

Recht auf Information, Einsicht und Auskunft:

Der von der Datenverarbeitung betroffenen Person ist vor der Erhebung der Daten mitzuteilen, ob die Bereitstellung der Daten freiwillig oder verpflichtend ist. Im Falle einer verpflichtenden Datenbereitstellung ist auch die die Datenverarbeitung anordnende Rechtsvorschrift anzugeben.

Auf Verlangen der betroffenen Person werden ihr die von der Gesellschaft – also vom Verantwortlichen – verarbeiteten personenbezogenen Daten zur Verfügung gestellt. Die Gesellschaft erteilt über die Verarbeitung der in ihren Besitz gelangten personenbezogenen Daten eine in präziser, klarer und verständlicher Weise formulierte Information. Die Gesellschaft ist verpflichtet, die Information innerhalb von 30 Tagen ab Einreichung des Antrags schriftlich, in verständlicher Form zu erteilen.

Die Datenschutzinformation enthält den Namen und die Kontaktdaten des Verantwortlichen, den Zweck der Datenverarbeitung sowie die Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung und gegebenenfalls die Empfänger der personenbezogenen Daten oder die Kategorien von Empfängern.

Darüber hinaus informiert die Gesellschaft die betroffene Person zum Zeitpunkt der Erhebung der personenbezogenen Daten über die folgenden zusätzlichen Informationen:

- über die Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten;
- über das Recht der betroffenen Person, Auskunft über die sie betreffenden personenbezogenen Daten sowie deren Berichtigung, Löschung oder die Einschränkung ihrer Verarbeitung zu verlangen und gegen die Verarbeitung solcher personenbezogenen Daten Widerspruch einzulegen, sowie über das Recht der betroffenen Person auf Datenübertragbarkeit;
- im Falle einer auf Einwilligung beruhenden Datenverarbeitung über das Recht, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen, wobei der Widerruf die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt;
- über das Recht auf Einreichung einer Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde;
- darüber, ob die Bereitstellung der personenbezogenen Daten auf einer gesetzlichen oder vertraglichen Verpflichtung beruht oder eine Voraussetzung für einen Vertragsabschluss ist, ferner ob die betroffene Person verpflichtet ist, die personenbezogenen Daten bereitzustellen, sowie darüber, welche möglichen Folgen das Unterbleiben der Datenbereitstellung haben kann.

Beabsichtigt die Gesellschaft, die personenbezogenen Daten für einen anderen Zweck als jenen, für den sie erhoben wurden, weiterzuverarbeiten, so hat sie die betroffene Person vor dieser Weiterverarbeitung über diesen anderen Zweck und über alle oben genannten maßgeblichen zusätzlichen Informationen zu informieren.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung:

Die betroffene Person hat das Recht, von der Gesellschaft die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der nachstehenden Voraussetzungen erfüllt ist:

- die betroffene Person bestreitet die Richtigkeit der personenbezogenen Daten; in diesem Fall gilt die Einschränkung für jenen Zeitraum, der es dem Verantwortlichen ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen;
- die Verarbeitung ist unrechtmäßig und die betroffene Person lehnt die Löschung der Daten ab und verlangt stattdessen die Einschränkung ihrer Nutzung;
- der Verantwortliche benötigt die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger, die betroffene Person benötigt sie jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen;
- die betroffene Person hat gegen die Verarbeitung Widerspruch eingelegt; in diesem Fall gilt die Einschränkung, solange noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen gegenüber den berechtigten Gründen der betroffenen Person überwiegen.

Unterliegt die Verarbeitung einer Einschränkung, so dürfen diese personenbezogenen Daten – von ihrer Speicherung abgesehen – nur mit Einwilligung der betroffenen Person oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet werden. Die Gesellschaft unterrichtet die betroffene Person (auf deren Verlangen die Verarbeitung eingeschränkt wurde) vorab über die Aufhebung der Einschränkung der Verarbeitung.

Recht auf Berichtigung:

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass dieser die sie betreffenden unrichtigen personenbezogenen Daten unverzüglich berichtigt, sowie die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen.

Recht auf Löschung („Recht auf Vergessenwerden“):

Die betroffene Person hat das Recht, die unverzügliche Löschung der sie betreffenden personenbezogenen Daten zu verlangen, und die Gesellschaft ist verpflichtet, die die betroffene Person betreffenden personenbezogenen Daten unverzüglich zu löschen, sofern einer der nachstehenden Gründe vorliegt:

- die personenbezogenen Daten sind für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig;
- die betroffene Person legt gegen die Verarbeitung Widerspruch ein und es liegen keine vorrangigen rechtmäßigen Gründe für die Verarbeitung vor;
- die personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet;
- die personenbezogenen Daten müssen zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten, dem der Verantwortliche unterliegt, gelöscht werden;

Recht auf Datenübertragbarkeit:

Die betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten, die sie einem Verantwortlichen bereitgestellt hat, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten, und sie hat ferner das Recht, diese Daten einem anderen Verantwortlichen zu übermitteln, ohne dass dies durch jenen Verantwortlichen behindert wird, dem die personenbezogenen Daten bereitgestellt wurden.

Widerspruchsrecht:

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten Widerspruch einzulegen, wenn die Rechtsgrundlage der Verarbeitung das berechtigte Interesse des Verantwortlichen ist. In diesem Fall darf die Gesellschaft die personenbezogenen Daten nicht mehr weiterverarbeiten, es sei denn, sie weist nach, dass zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung

vorliegen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder dass die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

Der Geschäftsführer der Gesellschaft ist verpflichtet, den Widerspruch – unter gleichzeitiger Aussetzung der Datenverarbeitung – innerhalb kürzester Frist ab Einreichung des Antrags, längstens jedoch innerhalb von 15 Tagen, zu prüfen und den Antragsteller über das Ergebnis schriftlich zu informieren. Ist der Widerspruch begründet, so ist der Verantwortliche verpflichtet, die Datenverarbeitung – einschließlich der weiteren Datenerhebung und Datenübermittlung – einzustellen und die Daten zu sperren sowie alle jene über den Widerspruch bzw. über die aufgrund dessen getroffene Maßnahme zu benachrichtigen, denen er die vom Widerspruch betroffenen personenbezogenen Daten zuvor übermittelt hat und die verpflichtet sind, im Interesse der Durchsetzung des Widerspruchsrechts Maßnahmen zu ergreifen. Ist die betroffene Person mit der getroffenen Entscheidung nicht einverstanden, so kann sie dagegen – innerhalb von 30 Tagen ab deren Mitteilung – gemäß dem Datenschutzgesetz das Gericht anrufen.

Rechtsbehelfsmöglichkeiten:

Das Recht auf Beschwerde bei der Behörde

Unbeschadet sonstiger verwaltungsrechtlicher oder gerichtlicher Rechtsbehelfe hat jede betroffene Person das Recht, bei der Datenschutzbehörde, das heißt bei der Nationalen Behörde für Datenschutz und Informationsfreiheit (im Folgenden: Behörde), die Durchführung eines datenschutzrechtlichen Behördenverfahrens zu beantragen, wenn die betroffene Person der Auffassung ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen unionsrechtliche oder innerstaatliche Rechtsvorschriften verstößt. Die Behörde, bei der die Eingabe eingereicht wurde, ist verpflichtet, den Beteiligten über die Verfahrensfortschritte im Zusammenhang mit der Beschwerde und über deren Ergebnis zu unterrichten, auch darüber, dass der Beteiligte berechtigt ist, einen gerichtlichen Rechtsbehelf in Anspruch zu nehmen.

Ist die betroffene Person der Auffassung, dass die Gesellschaft oder der von ihr beauftragte Auftragsverarbeiter durch ihre bzw. seine Tätigkeit oder Unterlassung eine Rechtsverletzung begangen oder deren Gefahr herbeigeführt hat, so kann sie bei der Nationalen Behörde für Datenschutz und Informationsfreiheit zur Prüfung ihrer Angelegenheit eine Untersuchung beantragen. Die Untersuchung der Behörde ist kostenlos.

Das Recht auf gerichtlichen Rechtsbehelf gegen die Behörde:

Unbeschadet sonstiger verwaltungsrechtlicher oder außergerichtlicher Rechtsbehelfe hat jede natürliche und juristische Person das Recht auf einen wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf gegen einen sie betreffenden rechtlich bindenden Beschluss der Aufsichtsbehörde oder dann, wenn sich die Behörde mit der Beschwerde nicht befasst oder die betroffene Person nicht innerhalb von drei Monaten über die Verfahrensfortschritte im Zusammenhang mit der von ihr eingereichten Beschwerde oder über deren Ergebnis unterrichtet.

Das Recht auf gerichtlichen Rechtsbehelf gegen den Verantwortlichen oder den Auftragsverarbeiter:

Die betroffene Person kann gegen den Verantwortlichen bzw. gegen den Auftragsverarbeiter das Gericht anrufen, wenn sie der Auffassung ist, dass der Verantwortliche bzw. der von ihm beauftragte oder aufgrund seiner Weisung handelnde Auftragsverarbeiter ihre personenbezogenen Daten unter Verletzung der in einer Rechtsvorschrift oder in einem verbindlichen Rechtsakt der Europäischen Union festgelegten Vorgaben für die Verarbeitung personenbezogener Daten verarbeitet.

Recht auf Schadenersatz:

Jede Person, der wegen eines Verstoßes gegen die DSGVO oder gegen eine innerstaatliche Datenschutzvorschrift ein materieller oder immaterieller Schaden entstanden ist, hat gegen den Verantwortlichen oder den Auftragsverarbeiter Anspruch auf Ersatz des erlittenen Schadens.

Verletzt der Verantwortliche bzw. dessen Auftragsverarbeiter die in einer Rechtsvorschrift oder in einem verbindlichen Rechtsakt der Europäischen Union festgelegten Vorgaben für die Verarbeitung personenbezogener Daten und verletzt er damit das Persönlichkeitsrecht einer anderen Person, so kann derjenige, dessen Persönlichkeitsrecht verletzt wurde, vom Verantwortlichen bzw. vom Auftragsverarbeiter eine immaterielle Entschädigung verlangen.

Der Verantwortliche und der Auftragsverarbeiter, ferner die gemeinsam Verantwortlichen und die von ihnen beauftragten oder aufgrund ihrer Weisung handelnden Auftragsverarbeiter haften für den durch die Verletzung der in einer Rechtsvorschrift oder

in einem verbindlichen Rechtsakt der Europäischen Union festgelegten Vorgaben für die Verarbeitung personenbezogener Daten verursachten

- a) Schaden gegenüber der betroffenen Person gesamtschuldnerisch und
- b) sind im Falle einer Persönlichkeitsrechtsverletzung verpflichtet, die zustehende immaterielle Entschädigung gesamtschuldnerisch an die betroffene Person zu zahlen.

Der Schaden ist nicht zu ersetzen und die immaterielle Entschädigung kann insoweit nicht gefordert werden, als der Schaden bzw. die durch die Verletzung des Persönlichkeitsrechts verursachte Rechtsverletzung auf ein vorsätzliches oder grob fahrlässiges Verhalten des Geschädigten bzw. der Person zurückzuführen ist, die die Persönlichkeitsrechtsverletzung erlitten hat.

Eine Beschwerde kann bei der Nationalen Behörde für Datenschutz und Informationsfreiheit (NAIH) eingereicht werden.

Die Kontaktdaten der NAIH:

Name: Nationale Behörde für Datenschutz und Informationsfreiheit (Nemzeti Adatvédelmi és Információszabadság Hatóság)

Sitz: 1055 Budapest, Falk Miksa utca 9-11

Postanschrift: 1363 Budapest, Pf.: 9.

Website: <http://www.naih.hu>

Telefon: 06-1/391-1400

Telefax: 06-1/391-1410

E-Mail: ugyfelszolgalat@naih.hu

13.02.2026